

“Schulbehörde missachtet Pädagogik”

GEW kritisiert Pläne für die Dodesheide

OSNABRÜCK. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Osnabrück-Stadt wendet sich gegen die von der Landesschulbehörde angestrebten, Veränderungen des Förderschulwesens in Osnabrück.

Die Behörde möchte im Zuge von Sparmaßnahmen die Jahrgänge der Sekundarstufen der Schule in der Dodesheide und der Pestalozzischule jahrgangsweise auf die beiden Schulen aufteilen.

Die bisher in der Dodesheide vorhandene Beschulung bis zur 10. Klasse soll in einem Stufenplan aufgegeben werden. In Zukunft sollen die Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse zur Pestalozzischule gehen.

Dafür werden in der Dodesheide die Kinder in den Klassen 1 bis 4 beschult. Damit würden das an der Schule in der Dodesheide mit Erfolg praktizierte Integrationskonzept und die bestehende pädagogische Vernetzung mit der Grund- und Hauptschule ohne Not zerschlagen, kritisiert die GEW. Die Schule habe sich durch ihre erfolgreiche pädagogische Arbeit zu einem festen Bestandteil des Stadtteils entwickelt und biete für die Kinder gute Lernbedingungen, die zu anerkannten Lernerfolgen führten.

Die Eltern und der Schulleiterrat lehnten die Umschulung dieser Kinder nach der vierten Klasse mit Recht ab. Sparmaßnahmen dürften nicht dazu führen, dass erfolgreiche Schulkonzepte torpediert würden.

Die GEW Osnabrück-Stadt wendet sich entschieden dagegen, dass sich die Landesschulbehörde bei der Sicherstellung des Stundenbedarfs von Förderlehrern über pädagogische Grundsätze hinwegsetze. Wenn die Landesregierung das Konzept der Eigenverantwortlichen Schule und die Stärkung des Elternwillen ernst meine, dann dürfe die untergeordnete Behörde diese Verantwortung sowie den Elternwillen nicht durch stellenökonomisches Taktieren und ein rücksichtsloses Zuweisen von Schulstandorten unterlaufen.

NOZ vom 28. März 2007

Neustrukturierung der Förderschulen (RIK)

Die von der Landesschulbehörde geplante Neustrukturierung der Förderschulen ist gescheitert. Der Stadtelternrat hatte sich bereits am 17.4.2007 mit einer deutlichen Mehrheit gegen die geplante Neustrukturierung ausgesprochen. Nun hat auch der Rat am 8.5. mit Mehrheit das Konzept (RIK) gekippt. Brigitte Neumann, Vorsitzende des Stadtelternrates, musste erleben, wie ihre Parteifreunde von der CDU ihr die Gefolgschaft versagten und mit den Abgeordneten von SPD und den Grünen abstimmten. Nun muss auf Beschluss des Rates bis zum Schuljahr 2008/2009 ein Runder Tisch ein für alle Beteiligte tragfähiges Konzept erarbeiten. Der Antrag der SPD stellt auch sicher, dass jetzt auch die Betroffenen in die Entscheidung einbezogen werden.

„Land ist am Zuge“**SPD-Fraktion lehnt vorgelegtes Förderschul-Konzept ab**

„Die stärkere Integration von Förderschülern in die Regelschulen bleibt ein zentrales Ziel der SPD. Dies funktioniert aber nicht durch ein alternativloses Zerschlagen erfolgreicher Ansätze und über eine andere Form der Mangelverteilung. Hier ist eindeutig das Land über die angemessene Finanzierung von Lehrerstunden am Zuge“, betonen der SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Hus und die schulpolitische Sprecherin, Marion Fiolka-Dörpmund, in einer gemeinsamen Presseerklärung.

„Eine enge inhaltliche Auseinandersetzung mit den Betroffenen über das vorgelegte Konzept fehlt bisher. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die betroffenen Schulen, der Städtelternrat und die GEW den Vorschlag abgelehnt haben“, so Frau Fiolka-Dörpmund.

Ulrich Hus sieht es als fair an, allen Akteuren im Rahmen der Debatte die Chance und die gebotene Zeit zu geben, das vorgelegte Konzept problem- und praxisnäher mitzugestalten, um den Integrationsgedanken voranzubringen. „Vorschnelle Entscheidungen gegen die Betroffenen dienen ebenso wenig einer erfolgreichen Integration von Förderschülern in die Regelschulen wie das alternativlose Zerschlagen eines allseits akzeptierten Integrationsmodells wie dem in der Dodesheide“, stellte der Vorsitzende fest.

Gemeinsam mit den örtlichen Akteuren will sich die SPD-Fraktion bei der Landesregierung für mehr Lehrerstunden bei allen bisher nicht am Regionalen Integrationskonzept beteiligten Schulen einsetzen. „Dass Sparen im Bildungsbereich dauerhaft hohe volkswirtschaftliche Kosten verursacht, sollte der Landesregierung klar sein“, so Marion Fiolka-Dörpmund weiter. „Schließlich entscheiden wir hier nicht allein über Zahlen, sondern über Lebenswege.“

Osnabrück, 2007-04-24

Integrationskonzept Ausweis von Mängelverwaltung**Grüne: RIK nicht entscheidungsreif**

Pressemitteilung vom 25. April 2007

Trotz positiver Elemente hält die grüne Ratsfraktion das von der niedersächsischen Schulbehörde vor-gelegte Regionale Integrationskonzept für Förder-schulen für unvollständig und damit nicht für entschei-dungsreif.

„Das Grundproblem liegt in der völlig unzureichenden Zuweisung von Förderstunden für die Schulen. Es ist kein tragfähiges Konzept möglich, solange das Land den einzelnen Schulen lediglich zwei Förderstunden pro Woche zubilligt“, so der Fraktionsvorsitzende Michael Hagedorn. Darüber hinaus gehöre zu einem ganzheitlichen Konzept für die Förderschulen natürlich auch die Hermann-Nohl-Schule. „Diese Einrichtung wird in dem Konzept völlig ausgespart“, so Birgit Strangmann, schulpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion. Weiterhin seien die Standort-fragen nicht hinreichend geklärt. „Einem solch unvoll-ständigen Konzept können wir trotz einzelner auch positiver Ansätze nicht zustimmen“, so Michael Hagedorn und Birgit Strangmann. Sie rufen gleich-zeitig dazu auf, in der Angelegenheit intensiver mit den Eltern und Lehrern zusammenzuarbeiten.